

Binnenmarktstrategie: Kommission kündigt systematischen Bürokratieabbau an

Von Corinna Visser, János Allenbach-Ammann, Markus Grabitz & Till Hoppe

Die Brüsseler Behörde kündigt mit der neuen Binnenmarktstrategie weitere Omnibus-Gesetze zum Abbau von Verwaltungsaufwand an: einen Digital- sowie einen Umwelt-Omnibus. Mittelständler kommen in den Genuss von Ausnahmeregeln.

Abbau überflüssiger Bürokratie stellt die Kommission an die erste Stelle ihrer Binnenmarktstrategie. [In der Kommunikation](#), die das College beschlossen hat, werden nun als erstes von „schrecklichen zehn“ Hemmnissen des Binnenmarktes „überkomplexe EU-Regeln“ aufgeführt. In dem [Entwurf](#), der zunächst kursierte, standen die „überkomplexen EU-Regeln“ noch an der zehnten Stelle. An erster Stelle hatten im Entwurf die fragmentierten Regeln für Verpackung, Kennzeichnung und Entsorgung gestanden.

Die Kommission kündigt an, die gesamte EU-Gesetzgebung (acquis communautaire) zu überprüfen. Und sie will weitere Omnibus-Gesetze zur Vereinfachung vorschlagen, heißt es in der Binnenmarktstrategie. Nach dem jetzt vorgestellten vierten Omnibus für Mittelständler (Mid-Caps) sollen etwa folgen:

- Digital-Omnibus und
- Umwelt-Omnibus.

Im Digital-Omnibus plant die Kommission gezielte Änderungen bestehender EU-Vorschriften. Vorgesehen ist die Anpassung horizontaler Produktvorschriften nach dem New Legislative Framework, etwa durch die Digitalisierung von Konformitätserklärungen und die optionale digitale Bereitstellung von Gebrauchsanleitungen. Darüber hinaus soll der Digital-Omnibus auch sektorspezifische Digitalvorschriften umfassen. Das sind vor allem Änderungen am AI Act, [Data Act](#), Data Governance Act und der Open Data Directive, um deren Anwendbarkeit für KMU sowie Small Mid-Caps (SMCs) zu erleichtern.

Ein weiteres digitales Kernvorhaben ist die Einführung der European Business Wallet. Sie soll auf dem bestehenden Business Registers Interconnection System (BRIS) und dem European Unique Identifier (EUID) basieren und Unternehmen eine standardisierte, rechtsverbindliche digitale Identität bereitstellen. Die Wallet soll ein gesetzlich anerkannter Benachrichtigungskanal für Unternehmen werden und regulatorische Meldepflichten deutlich vereinfachen. Ein entsprechender Gesetzgebungsvorschlag ist für das 4. Quartal 2025 angekündigt.

Auch der Umwelt-Omnibus soll die Einhaltung der entsprechenden Regeln erleichtern. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Erweiterte Herstellerverantwortung (EPR). Ziel ist es, Unternehmen von komplexen Melde- und Registrierungspflichten zu entlasten, ohne neue Markthindernisse zu schaffen, wie es in der Strategie heißt.

Die Kommission übt Selbstkritik an der Gesetzgebung. So seien die Regeln für die öffentliche Beschaffung dafür gedacht, die Transparenz und die grenzüberschreitende Beschaffung von Bauleistungen, Produkten und Dienstleistungen zu fördern. Tatsächlich halte aber die „Komplexität und Zersplitterung einiger dieser Vorschriften öffentliche Auftraggeber und Unternehmen davon ab, sich an grenzüberschreitenden Ausschreibungen zu beteiligen.“ So werde nicht das gesamte Instrumentarium genutzt.

Im Kapitel zur Entfesselung des Dienstleistungssektors ist eine Passage mit Bezug zum [EU-Plan für preiswertes Wohnen](#) eingefügt. Die Kommission kündigt an, mit den Mitgliedstaaten zu Genehmigungs- und Planungsverfahren bei Bauvorhaben zusammenzuarbeiten. So solle mehr Wohnraum bereitgestellt werden im Zusammenhang mit der EU-Wohnungsbau-Strategie, die für Q1 2026 angekündigt ist.

Nachgebessert hat die Kommission bei der Entlastung von Mittelständlern. Als Mid-Caps zählen nach dem [Vorschlag](#) Unternehmen mit bis zu 750 Mitarbeitern und 150 Millionen Euro Jahresumsatz. In einem Entwurf, über den *Table.Briefings* [berichtet](#) hatte, lag die Schwelle noch bei 500 Mitarbeitern. Laut Kommission profitieren damit künftig 38.000 Unternehmen von Regulierungserleichterungen, die bislang für KMU bis 250 Mitarbeitern reserviert waren.

Die Behörde will Mid-Caps etwa beim Datenschutz entlasten. Sie sollen ihre Tätigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten nur [dokumentieren](#) müssen, wenn es um Hochrisikodaten geht. Zudem sollen die Hersteller ihren Produkten die Bedienungsanleitungen nicht mehr in Papierform beilegen müssen. Zusammen genommen würden die Unternehmen dadurch um 400 Millionen Euro entlastet, schreibt die Kommission.

Markus Ferber (CSU), der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, begrüßt die höheren Schwellenwerte. Es sei aber geboten, die Werte künftig regelmäßig an die Inflation anzupassen und bei den konkreten Entlastungen für KMU und Mid-Caps noch einmal nachzulegen.

Die Autoindustrie wünscht sich eine deutlich höhere Obergrenze von 3500 Mitarbeitenden. Hier gehe es um Unternehmen, die in Schlüsselbranchen investieren, forschen und regional verwurzelt Wertschöpfung sichern, sagte VDA-Präsidentin Hildegard Müller. Der Verbraucherschutzverband BEUC kritisierte die geplanten Ausnahmen von der DSGVO und der Pflicht, gedruckte Anleitungen beizulegen.

Die Kommission nimmt auch die Mitgliedstaaten in die Pflicht. Nationale Vorschriften „tragen den Grundsätzen und dem Rechtsrahmen der EU oft nicht ausreichend Rechnung“, heißt es in der Binnenmarktstrategie. Die Mitgliedstaaten „fragmentieren den Binnenmarkt durch mangelnde Umsetzung, fehlerhafte, unnötig abweichende oder aufwändige Anwendung des EU-Rechts (Goldplating)“. In den kommenden Monaten und Jahren will die Kommission deshalb verschiedene Vereinheitlichungsvorschläge präsentieren. Das Echo aus Wirtschaft und Politik ist grundsätzlich positiv.

Anna Cavazzini (Grüne), Chefin des Binnenmarktausschusses, begrüßt die

Strategie. Speziell der digitale Produktpass habe „Potenzial, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: einfachere Kontrolle für Zoll und Marktüberwachung, mehr Informationen für Verbraucher und ein reibungsloser Übergang zur Kreislaufwirtschaft.“ Cavazzini warnt hingegen, dass die Regulierungsvereinfachung nicht zum Abbau europäischer Standards führen dürfe. Die Ausnahmen für Mid-Caps in der Digitalgesetzgebung und in der Ökodesign-Verordnung bergen ihr zufolge die „Gefahr großer Schlupflöcher“.

Der Verband Gesamtmetall lobt, dass die Kommission Hindernisse bei der

Arbeitnehmerentsendung angehen will. Sie habe „die richtige Analyse vorgelegt, die jetzt Ansporn und Kraft zum Handeln gibt“, sagte Hauptgeschäftsführer Oliver Zahnder. Für das Fair Labour Mobility Package (angekündigt für 2026) wünscht er sich eine „umfassende Vereinfachung der gesamten Entsende-Gesetzgebung in Form eines weiteren Omnibusses“.